

ren, was gestern in wirklich passiert ist

Merkel hieß türkei fast Nichtsein

er zu den Hintergründen in mit Präsident Erdogan

ten wurde jüngst die parlamentarische Immunität durch Mehrheit der Erdogan-Getreuen aberkannt. Der Weg ist frei zu einem harschen Präsidialregime mit angeschlossenem Bürgerkrieg. Gestern hat die Kanzlerin Erdogan ihr Missfallen kundgetan, ihre „tiefe Besorgnis“ angesprochen, und musste in Sachen Grundrechte das Fazit ziehen: „Die Fragen sind nicht vollständig geklärt.“ Aber sie beharrte auch auf Einhaltung sämtlicher Bedingungen für die EU-Visafreiheit für Türken – weswegen es damit zum 1. Juli sicher nichts werde. Ob sie mehr erreicht als Gesichtswahrung, wird sich zeigen. Erdogans Türkei fühlt sich stark, nicht nur auf der heimischen Bühne, sondern auch im Verhältnis EU/Türkei. Erdogan drohte, man könne bei Nichtgefallen den ausgehandelten Pakt ja auch platzen lassen. Flüchtlingsstopp gegen einige Milliarden Euro, Hinnahme des Ausnahmezustands und Aufweichung der Bedingungen für EU-Beitritt der Türkei. **Erdogan hat einen Ruf zu verlieren: autoritär, islamistisch und unberechenbar.**

Historiker
Michael
Stürmer



AfD-Chefin Frauke Petry (40) und der Chef des Zentralrates der Muslime, Aiman Mazyek (47), vor dem Gespräch

Es ging um nichts als Konfrontation

Publizist Reinhard Mohr zur Gesprächs-Absage der AfD an den Muslim-Zentralrat

Jürgen Habermas, Deutschlands berühmtester lebender Philosoph, hat sich ein halbes Leben lang Gedanken darüber gemacht, wie Reden und Handeln in der Demokratie zusammenhängen. Entscheidend seien Offenheit und Verständlichkeit, individuelle Wahrhaftigkeit und der Versuch, die gegenseitigen Argumente „vernunftorientiert“ abzuwägen. So weit die Theorie. In der Praxis hat es gestern zwischen dem Zentralrat der Muslime und der AfD ordentlich geknallt. Nach nicht einmal einer Stunde hat AfD-Chefin Frauke Petry das Treffen mit Aiman Mazyek beendet. Für gegenseitige Schuldzuweisungen war aber noch genügend Zeit. Kein Wunder, wenn die eine Seite der anderen schon vorher sagt, sie gehöre nicht zu Deutschland, während diese ihre Gesprächspartner als „Partei aus dem Dritten Reich“ bezeichnet. Man muss kein Philosoph sein, um das allerwichtigste Kriterium eines ehrlichen Gedankenaustauschs zu kennen: guten Willen. An dem mangelte es offensichtlich beiden Seiten. Es scheint so, als habe man dem jeweils anderen einmal die Meinung direkt ins Gesicht sagen wollen. Wenn aber die politische Frontstellung derart verhärtet ist, dann wird der Gesprächspartner zum Feind, den man nötigenfalls sogar eliminieren muss. Auch wenn derzeit in vielen Köpfen Hass- und Feindbilder herumschwirren – mit einer freizeitheligen, demokratischen Gesellschaft haben sie nichts zu tun. Im Gegenteil: Sie untergra-

ben die notwendige politische Auseinandersetzung. Was die AfD und ihr Programm in Sachen Islam betrifft: Die Religionskriege haben wir seit ein paar Jahrhunderten hinter uns. Ob Buddhisten, Hindus, Christen, Juden, Muslime, Bahai, Mennoniten, Pfingstler oder Daoisten – sie alle haben das vom Grundgesetz geschützte Recht, ihre Religion im Rahmen von Recht und Ordnung frei auszuüben. Das gilt sogar für jenes Drittel der Bevölkerung in Deutschland, das konfessionslos ist und sich im Zweifel das gute Recht herausnimmt, an nichts zu glauben. Das ist das Stichwort: Deutschland ist, bitte schön, keine Ansammlung von Religionsgemeinschaften, weder ein Konklave noch ein Kalifat, sondern eine Republik, eine Gesellschaft freier Bürgerinnen und Bürger. Kein König und kein Gott regiert sie – sie regieren sich selbst, so schwierig das auch ist. Ein blutig erkämpfter, kostbarer historischer Fortschritt. An diesem Punkt dürften sich allerdings auch die unversöhnlichen AfD-Kritiker unter den muslimischen Funktionären einmal daran erinnern, dass dieser demokratische Fortschritt Europas vor allem gegen die Allmacht religiöser Herrschaft errungen wurde. Das wäre doch eine schöne Gesprächsgrundlage fürs nächste Mal.

Publizist
Reinhard
Mohr



Angriffe auf Flüchtlingsheime verunfacht

Mehr Diebstähle, mehr Wohnungseinbrüche, mehr Gewalt von links und rechts. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hat gestern die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik und die Zahlen für politisch motivierte Kriminalität für das Jahr 2015 vorgestellt.



FOTO: DPA

Innenminister Thomas de Maizière (62, CDU)

Dabei erreichten Straftaten mit politischem Hintergrund einen neuen Höchststand: So verunfachte sich etwa die Zahl der Übergriffe auf Asylunterkünfte, Gewaltdelikte des linken Lagers nahmen um rund 35 Prozent zu. Die Zahlen im Einzelnen:

- Im vergangenen Jahr zählte die Polizei insgesamt 38 981 (2014: 32 700) politisch motivierte Straftaten – ein Plus von 19,2 %.
- Rechte Straftaten nahmen um 34,9 % auf 22 960 zu, linke Straftaten um 18,3 % auf 9605.
- Die Zahl linker Gewaltdelikte stieg von 1664 auf 2246 (+34,9 %). Rechte Gewaltdelikte kletterten um 44,3 % von 1029 auf 1485 Fälle. Straftaten gegen Asylunterkünfte nahmen um 418 % auf 1031 zu.
- Die Zahl der Wohnungseinbrüche erreichte 2015 den höchsten Stand seit der Jahrtausendwende: 167 136 Fälle (2014: 152 123) – ein Plus von 9,9 %. Die Behörden registrierten eine „überproportionale Zunahme organisierter, reisender Tätergruppen aus Südost- und Osteuropa“, so de Maizière.
- Mehr Taschendiebstähle (168 142 Fälle, +7 %), mehr Ladendiebstähle (391 402, +7,1 %).
- Weniger Straßenstraftaten (1 329 700 Fälle, -1 %), weniger Fahrraddiebstähle (335 174, -1,3 %), weniger Sozialleistungsbetrug (17 742, -19,2 %).
- Die Gesamtaufklärungsquote lag bei 56,3 %. Bei Tötungsdelikten 94,8 %, bei Diebstählen (W Wohnungseinbrüche, Fahrraddiebstahl) 14,1 %.
- Wegen der Flüchtlingskrisis gab es 2015 überdurchschnittlich viele Verstöße gegen das Ausländerrecht (illegale Einreisen u. a.). Ohne diese Fälle (402 741) lag die Gesamtzahl aller Straftaten (5 927 908) auf ähnlichem Niveau wie 2014 (5 925 668).

KOMMENTAR

Gemeinsam gegen die Klau-Mafia

VON ULRIKE RUPPEL

Reisende Einbrecher aus Osteuropa suchen Deutschland heim.



Besonders aktiv sind georgische Gruppen. Aber hier tut sich was! Denn die Regierung in Tiflis, die das Problem lange herunterspielte, hat inzwischen erkannt, dass die Banden dem Ruf des Landes und der Annäherung an die EU extrem schaden. Und nichts motiviert bekanntlich mehr als eigene Interessen. Dass die Georgier aufräumen können, haben sie im eigenen Land bewiesen. Korruption und Diebstahl wurden mit Reformen und drakonischen Strafen weitgehend ausgeremmt. Die Voraussetzungen sind also gut, dass der Schulterschluss mit den deutschen Behörden zu raschen Erfolgen führt!

Nachrichten

Bayer bietet 55 Milliarden

LEVERKUSEN – Der Chemie- und Pflanzenschutzkonzern Bayer hat für die Übernahme des umstrittenen US-Agrarchemie-Riesen Monsanto 55 Milliarden Euro geboten. Der Kurs der Bayer-Aktie sank daraufhin weiter. (dpa)

Bomben-Massaker



FOTO: AP

DAMASKUS – Bei mindestens sieben Bombenanschlägen hat die Terrormiliz „ISIS“ in den syrischen Küstenstädten Tartus und Dschableh bis zu 140 Menschen getötet. Die Region gilt als Hochburg von Machthaber Baschar el Assad. (rtr)

Gleiche Versorgung für alle

BERLIN – 81 Prozent der Deutschen wünschen sich für Flüchtlinge einen gleichwertigen Zugang zu medizinischer Versorgung (Umfrage des Deutschen Gesundheitsmonitors).

Schutz für Homo-Ehe

BONN – Vor dem Katholikentag in Leipzig (25.–29. Mai) fordern prominente CDU-Politiker den Schutz der sogenannten Homo-Ehe durch das Grundgesetz. Zu den Autoren des Beitrags auf dem Blog kreuz-und-quer.de gehören u. a. Norbert Lammert, Bernhard Vogel. (KNA)

Neuer Job für Middelhoff

BIELEFELD – Freigänger Thomas Middelhoff (63) arbeitet wieder als Hilfskraft in einer Behindertenwerkstatt. Von seinem Gehalt (1785 Euro brutto) muss der wegen Untreue verurteilte Ex-Manager 200 Euro zu den Haftkosten beisteuern. Der Rest geht an den Insolvenzverwalter. (dpa)